

Andreas Schäfer

Hermannstraße 5 • 42477 Radevormwald

Andreas Schäfer • Hermannstr. 5 • 42477 Radevormwald

An den Bürgermeister
der Stadt Radevormwald
Herrn Johannes Mans
Hohenfuhrstr. 13
42477 Radevormwald

18. August 2023

Einwohnerfragen zur 19. Sitzung des Rates der Stadt am 29. August 2023

Betr.: Zeitungsbericht im Remscheider General-Anzeiger am 5. August 2023 „Beim Bürgermeister schrillen die Alarmglocken“

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

nicht erst seit dem Beginn Ihrer Zeit als Bürgermeister der Stadt Radevormwald ist vermehrt eine Zuwanderung von Menschen in die Bundesrepublik Deutschland zu beobachten. Die Bundesregierung betrachtet es nach eigener Aussage als ihre humanitäre und völkerrechtliche Verpflichtung, Menschen in Not schnell und unbürokratisch zu helfen.

Wichtiges Ziel sei es, für einen geordneten und strukturierten Prozess bei der Aufnahme der Geflüchteten auf allen staatlichen Ebenen zu sorgen. Die Aufnahme und Ansiedlung von Menschen im Bundesgebiet sei weiterhin eine gesamtstaatliche Verpflichtung, der sich Bund, Länder und Kommunen mit Unterstützung der Zivilgesellschaft gemeinsam stellen sollen. Soweit die Theorie.

Vor knapp fünf Jahren, im Dezember 2018, wurde in Marokko der Globale Pakt für eine sichere, geordnete und regulierte Migration von der UN-Konferenz in Marrakesch angenommen. Mit dem Pakt wurden erstmals globale Leitlinien für die internationale Migrationspolitik verabredet.

Durch den Pakt soll die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der internationalen Migration verbessert werden und die Rahmenbedingungen für Migration humaner gestaltet werden. Außerdem sollen die Hauptursachen für irreguläre Migration behoben werden. Der Pakt ist rechtlich nicht bindend, die Souveränität der Staaten bleibt bei der Migrationspolitik erhalten.

Quelle: <https://www.bmz.de/de/service/lexikon/22058-22058>

Der damalige stellvertretende Ministerpräsident von NRW und derzeitige Sonderbevollmächtigte der Bundesregierung für Migrationsabkommen, Herr Dr. Joachim Stamp, war seinerzeit persönlich vor Ort zugegen:

„Der UN-Migrationspakt kann trotz seiner rechtlichen Unverbindlichkeit ein Schritt zu mehr internationaler Zusammenarbeit sein, um irreguläre Migration zu reduzieren und Fluchtursachen zu bekämpfen. Die Debattenbeiträge auf der Konferenz zeigen, dass es nicht um mehr oder weniger Zuwanderung nach Deutschland geht, sondern um Ordnung von globaler Migration, Schutz von Frauen und Kindern vor sexueller Ausbeutung und Verbesserung der Lebensverhältnisse insbesondere in Teilen Afrikas und Asiens.“

Quelle: <https://www.land.nrw/pressemitteilung/minister-stamp-un-migrationspakt-kann-schritt-zu-mehr-internationaler>

Andreas Schäfer

Hermannstraße 5 • 42477 Radevormwald

Des Weiteren hat der Rat der Europäischen Union in der jüngeren Vergangenheit wichtige Einigungen über die Schaffung von gemeinsamen Asyl- und Migrationsgesetzen erzielt:

„Der Rat hat heute einen entscheidenden Schritt getan, damit das Regelwerk der EU für Asyl und Migration modernisiert wird. Er hat sich auf eine Verhandlungsposition zur Asylverfahrensverordnung und zur Verordnung über Asyl- und Migrationsmanagement geeinigt. Sie wird die Grundlage für die Verhandlungen des Ratsvorsitzes mit dem Europäischen Parlament bilden.“

„Kein Mitgliedstaat kann die Herausforderungen der Migration allein bewältigen. Die Länder an den Außengrenzen brauchen unsere Solidarität. Und alle Mitgliedstaaten müssen sich auf die verantwortungsbewusste Einhaltung des vereinbarten Regelwerks verlassen können. Ich freue mich sehr, dass wir auf dieser Grundlage unsere Verhandlungsposition festgelegt haben.“ Maria Malmer Stenergard, schwedische Ministerin für Migration.

Quelle: <https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/06/08/migration-policy-council-reaches-agreement-on-key-asylum-and-migration-laws>

- Vor dem Hintergrund dieser (unverbindlichen) Absichtserklärungen, welche die Migration nach Deutschland sowie die Ansiedlung von Menschen aus Drittstaaten im Bundesgebiet als Chance sowie einen Gewinn für die Bevölkerung betrachten, stellt sich mir die Frage, warum die Stadt Radevormwald vergleichsweise schlecht auf die permanente Ansiedlung von Migranten sowie deren Unterbringung und Betreuung vor Ort vorbereitet ist?
- Nachbarkommunen wie die Hansestadt Wipperfürth müssen auf den „letzten Drücker“ provisorische Unterkunftsgebäude aus Containern kostspielig errichten lassen, warum wurde in Radevormwald noch nicht mit dem Bau von solchen Gebäuden als Reserve für Notfälle begonnen?

Wie Ihnen bekannt sein dürfte hat der Städte- und Gemeindebund NRW im Mai diesen Jahres die sog. „Münsteraner-Erklärung“ veröffentlicht, die nach eigener Aussage „Kommunen krisenfest machen sowie klare Regeln für Einwanderung schaffen soll.“

Quelle: <https://www.kommunen.nrw/presse/pressemitteilungen/detail/dokument/kommunen-krisenfest-machen-klare-regeln-fuer-einwanderung-schaffen.html>

- Haben sie als Bürgermeister einer kreisangehörigen Kommune Kenntnis darüber, welche Forderungen dieser Erklärung bereits umgesetzt werden konnten bzw. welche sich in der Umsetzung befinden?
- Wie läuft der Informationsaustausch zwischen Ihnen und den beiden Bundestagsabgeordneten aus dem Bundestagswahlkreis 99, die den Oberbergischen Kreis im Bundestag repräsentieren? Werden Sie z. B. zeitnah über etwaige größere Migrationsbewegungen Richtung Deutschland informiert damit Ihnen genug Zeit für das Treffen von Vorbereitungen zur menschenwürdigen Unterbringung von Migranten bleibt?

Mit freundlichen Grüßen


Andreas Schäfer
Hermannstr. 5
D - 42477 Radevormwald